

# Halle-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Verleitet am jedem Montag und Mittwoch. Die Druck-Expedition des Blattes befindet sich in Halle bei der Post bei jeder Zahlung monatlich 1,20 Mark, bei 7 Zahlungen halbjährlich 7,00 Mark, bei 12 Zahlungen jährlich 12,00 Mark. Die Druck-Expedition des Blattes befindet sich in Halle bei der Post bei jeder Zahlung monatlich 1,20 Mark, bei 7 Zahlungen halbjährlich 7,00 Mark, bei 12 Zahlungen jährlich 12,00 Mark.

Verleitet am jedem Montag und Mittwoch. Die Druck-Expedition des Blattes befindet sich in Halle bei der Post bei jeder Zahlung monatlich 1,20 Mark, bei 7 Zahlungen halbjährlich 7,00 Mark, bei 12 Zahlungen jährlich 12,00 Mark.

# Die Grundlagen des deutschen Angebots.

Dr. Hermes über das blutleere Deutschland / Amerikanische Kontrolldelegierte für London / Die englischen Handelskammern für Stundung / Sühneantwortwort für Passau / Beschlüsse über die Einkommensteuer 1922.

## Amerika in London.

Reparationen und interalliierte Schulden unternommen.

Paris, 7. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Aus London wird dem „Times“ gemeldet: Ueber die Art der Verhandlungen zwischen dem Herren Poincaré, Bonar Law und Mussolini sind vieleicht Anhaltspunkte zu gewinnen aus der Anwesenheit dreier bedeutender amerikanischer Diplomaten in London. Die Frage der Reparationen wird in London als unternommen von der Frage der interalliierten Schulden angesehen, und die Anwesenheit der Amerikaner, die die größte Glaubwürdigkeit besitzen, dürfte also ihre guten Gründe haben. Fernerhin wird aus London gemeldet: Die Presse macht darauf aufmerksam, daß Oberst Barroo im letzten Moment dem Generalfeldmarschall, die er am 4. Dezember gehalten hat, infolge neuerer Weisungen von seiner Regierung geändert habe. Die Presse ärgert sich über diese folgende Wendung: „Wenn Amerika auch die Entschädigung der Londoner Beratungen nicht beeinflussen kann, so könnte es doch zu Entschädigungen kommen, die es nicht abfertigen würde.“ Gewisse Politiker wollen dazu eine Warnung geben zur Vermeidung von Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland.

## Gegner der französischen Pläne.

Britische Handelskammern für ein längeres Moratorium.

Paris, 7. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Die Londoner „Daily Mail“ läßt sich eine Kommission der vereinigten britischen Handelskammern, die die Reparationsfrage unterläßt hat, für die folgenden Erörterungen fassend: 1. Das Moratorium für Deutschland auf eine unbestimmte Anzahl von Jahren ist eine unangenehme Notwendigkeit. 2. Eine bestimmte Summe für die Zahlungen, die Deutschland in angemessenen Jahresraten ohne Schaden für den Handelsverkehr der Alliierten zahlen kann, muß festgelegt werden. 3. Gegenüber der Art von Forderungen, die Deutschland dazu bringen kann, die Reparationszahlungen auszuführen, muß von den Alliierten vereinbart und in Anwendung gebracht werden, um die jetzige Ungleichheit zu beseitigen. 4. Eine internationale Anleihe für Deutschland ist sofort notwendig. Die Kommission ist nicht dafür, daß die englische Regierung für die Größe dieser Anleihe verantwortlich gemacht werden soll; die Kommission ist dafür, daß die Weltregierung so rasch zurückzutreten ist, wie es die Forderung der notwendigen Sicherheit irgendwem erlaubt.

## Grundlagen des deutschen Angebots.

Um die endgültige Lösung des Reparationsproblems.

Berlin, 8. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Wie verlautet, handelt es sich hinsichtlich der Grundlage der bisher in der Öffentlichkeit gemachten Äußerungen über den Inhalt der neuen deutschen Vorläufe um einen Plan, der an die Regierung von deutscher Seite herabgebracht worden ist. Es stand gestern noch nicht fest, inwieweit das Kabinett sich diesen Plan zu eigen macht oder nicht. Auf diesen Vorbehalt bezogen sich in formell richtiger Weise die gestern auf Nachfrage offiziell gegebenen Demenstis; denn offiziell war ja noch nicht abschließend entschieden, wie das tatsächliche deutsche Angebot lauten wird. Immerhin stand wohl schon lobend fest, daß das Kabinett in großen Zügen folgendes vorzulegen dürfte: 1. Die Festsetzung einer bestimmten Reparationssumme, die anzunehmen wird unter Berücksichtigung der heutigen Zahlungsfähigkeit Deutschlands und unter Berücksichtigung der bereits von uns geleisteten Reparationsleistungen in Höhe von über 70 Milliarden. Ein dritter Faktor, der aber nicht Gegenstand deutscher Propositionen sein kann, wäre die eventuelle gleichzeitige Regelung der interalliierten Schulden. Diese endgültige deutsche Reparationsleistung ist kleiner als in den Verhandlungen des Morgantommities und später wiederholt aus noch anderer amerikanischer Seite auf 20 Goldmilliarden bemessen worden. 2. Gewährung eines mehrjährigen Moratoriums. 3. Auflegung einer inneren Goldanleihe, deren Summe nicht festgelegt wird und mit der Besserung der Finanzlage des Reiches wächst. Die Anleihe wird in erster Linie der Verzinsung der geforderten Reparationszahlungen dienen und die Mittel an die Hand geben, daß Frankreich sofort bares Geld erhält. 4. Auflegung einer ausländischen Anleihe mit dem Ziele der sofortigen Mobilisierung der gesamten Reparationsleistung und der Verzinsung des Ertrages auf Deutschland und Frankreich.

## Der elfaß-lothringische Skandal

in der französischen Kammer.

Die erste allgemeine behaltene Aussprache über das elfaß-lothringische Budget hat in der französischen Kammer zu schweren Zwischenfällen geführt. Der Ausschuss drehte sich besonders darum, ob und wie lange das Straßburger Generalkonventionariat noch aufrecht zu erhalten sei. Die Gegensätze zwischen der „Republik“ und den Vorlesern rascherer „Republik“ über diese oberste Verwaltungsbehörde als den höchsten Ausdruck für die Sonderstellung der „befreiten Provinzen“ im Rahmen des Gesamtstaates sind nun in offener Kammerdebatte aufeinandergeprallt. Der unterfränkische Abgeordnete Michel Walter ist dabei von

seinem Gegenüber Wirth, einem „Innerfranken“, mit dem Ruf bedacht worden: „Sie sind ein boche, ein sale (dredig) boche!“ Der Präsident der Kammer hob scheinung die Sitzung auf, um der peinlichen Offenherzigkeit keine weiteren Schritte folgen zu lassen.

„Am gleichen Tage hat in Straßburg selbst ein anderer „Kall“ dem französischen Ansehen einen schweren Stoß versetzt. Mit professionellen Spitzbürgen hat sich der Herausgeber eines französischen, in Straßburg erscheinenden Standardblattes der Verantwortung zu entziehen verstanden. Die erledigte Berichterstattung des Berichterstattungsbüros, den die gesamten einheimischen Beamten und Beherrenstände gegen das Blatt angezettelt hatten, wird als „Berichten der Ruff“ angesehen, und der „Berichter“ glückt die verantwortlichen Stellen in Straßburg und Paris einschließen warnen zu sollen: „Es gärt im elfaßigen Volke. Es ist hier eine Volksbewegung im Werden, auf deren Ernst wir aufmerksam machen... Das Streichen, das auf scheinbarer Fesseln im Rollen ist, kann zur verheerenden Bombe werden.“ Ders, aber treffend erklärt die Straßburger Morgenzeitung „Le Rebusiteur“: „Der Skandal des Elfaß hintz hin zum Himmel. Er wird im Ausland, trotz aller Künste und Bzelen, nicht mehr verdrungen bleiben.“

## Die Sühne für Passau.

Die Reichsregierung will für Bayern zahlen.

Berlin, 7. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Die Reichsregierung ist von der anfänglichen Ansicht, die von der Entente geforderte finanzielle Sühne der Städte Passau und Ansplocht einem internationalen Schiedsgericht in Gené oder im Haag zur Entscheidung zu überweisen, abgegangen. Sie beabsichtigt, jetzt nicht nur die geforderten moralischen „Genugtuungen“ zu geben, sondern auch die finanziellen Forderungen von 1 Million Goldmark zu erledigen. Die Note wird voraussichtlich am Freitag abend abgehandelt.

Der kanerische Ministerpräsident Dr. v. Kaillig ist gestern von Berlin nach München zurückgekehrt. Aus seinen Besprechungen mit dem Reichskanzler wird mitgeteilt, daß sie von freundschaftlichem Geiste getragen waren und von weitgehendem Verständnis für die Lage in Bayern zeugten. Dem bayerischen Landtag wird Ministerpräsident Dr. v. Kaillig am Montag über die Verhandlungen und die Lage Mitteilung machen.

## Die Einkommensteuer.

Die Sätze für 1922.

Der Steueranlaß des Reichstages hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die Einkommensteuer für 1922 wie folgt festzusetzen: Für die ersten einkommengruppen oder vollen 300 000 Mark 10 Prozent, für die weiteren einkommengruppen oder vollen 400 000 Mark 15 Prozent, für die weiteren einkommengruppen oder vollen 500 000 Mark 20 Prozent, für die weiteren einkommengruppen oder vollen 600 000 Mark 25 Prozent, für die weiteren einkommengruppen oder vollen 700 000 Mark 30 Prozent, für die weiteren einkommengruppen oder vollen 800 000 Mark 35 Prozent, für die weiteren einkommengruppen oder vollen 900 000 Mark 40 Prozent, für die weiteren einkommengruppen oder vollen 1 000 000 Mark 45 Prozent, für die weiteren einkommengruppen oder vollen 1 100 000 Mark 50 Prozent, für die weiteren einkommengruppen oder vollen 1 200 000 Mark 55 Prozent, für die weiteren einkommengruppen oder vollen 1 300 000 Mark 60 Prozent. Außerdem würden Sterbefallensbeiträge bis zu 2000 Mark und Lebensversicherungsbeiträge um bis zu 16 000 Mark für abzugsfähig erklärt. Die Beiträge für den Steuerpflichtigen und die Ehefrau werden auf 340 Mark bei Einkommen bis zu 300 000 Mark und für Kinder auf 610 Mark bei Einkommen bis zu einer Million Mark festgelegt.

## Die neuen Sätze der Unfallversicherung.

31000 Mark Sterbegeld.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages erhöhte in seiner Sitzung vom 7. Dezember die Geldbeiträge in der Unfallversicherung wie folgt: Die Versicherungsquote wurde auf 1 200 000 Mark festgelegt, die bei Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in Betracht kommende Lohn. Drittelgrenze auf 300 000 Mark. Das Sterbegeld beträgt in Zukunft 31 000 Mark, das Sühnegeld wird für Verletzte auf 150 Mark, für Angehörige auf 120 Mark erhöht, die Entschädigungsbeiträge auf 2000 Mark. Bei der Beratung des Knappheitsgesetzes wurde die Altersgrenze von 40 Jahren, über die hinaus keine Aufnahme in die Rentenliste erfolgen sollte, getilgt.

Amerikanische Dr. Wirths. Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth, an den eine Einladung aus dem Vereinigten Staaten zu einer Vortragstournee ergangen ist, beschließt, dieser Einladung Anfang nächsten Jahres Folge zu leisten.

Heutiger Stand des Dollars 7800!

## Reichshaushalt und Reparation.

Reinhold.

Den sehr bedeutenden Ausführungen, die der Reichsfinanzminister Dr. Hermes am Mittwoch im Haushaltsauslaß des Reichstages über die Steuerpläne der Regierung gemacht hat, hat er am Donnerstag eine sehr groß angelegte, eindringliche und aufschreiende Darstellung der finanziellen Lage des Reiches und der beabsichtigten Reparationspolitik des neuen Kabinetts folgen lassen. Dr. Hermes ist dabei ausgegangen von den bereits bekannten außerordentlich hohen Ziffern des Nachtrags Etats, in denen sich die zuletzte Größenvermehrung auswirkte. Er hat des Annehmens der Presse bis zur Höhe der Weltmarktparität und über sie hinaus gedacht, hat auf das anschließende Kapitalbedürfnis der Subvention hinzugehen und aus vielen Zusammenhängen den Nachweis dafür geführt, wie unendlich die Beschränkung ist, daß irgend jemand in Deutschland ein Interesse an der Weltmarktparität habe. Der Minister hat besonders bei der im Ausland viel erörterten Frage der hohen Dividenden verweilt, deren tatsächlichen Wert er stark herabsetzt, und er hat gezeigt, wie heute bereits nicht nur ein großer Teil der Industrie, sondern ein großer Teil des deutschen Volkes überhaupt von der Substanz seines Vermögens lebt, sich nur über Wasser zu halten vermag, indem es in besseren Zeiten angelegten Besitz veräußert. Während noch die finanzielle Entwicklung der ersten drei Monate des Rechnungsjahres 1922 bei dem damaligen Dollarkurs von 300 die Möglichkeit eines Gleichgewichts im Budget und darüber hinaus unter Hinzuziehung der Zwangsanteile eine Reparationsleistung im Gegenwert von 1 Milliarde Goldmark durchaus gegeben hätte, ist diese Möglichkeit durch den rapiden Marktschwund der folgenden Monate zerrissen zerstückelt worden, und die ganze Staatsverwaltung ist vollkommen in Aufruhr. Der Minister wies dann, nachdem er noch einmal die Erparungsmöglichkeiten kurz skizziert hatte, auf die trügerischen Hoffnungen hin, die bezüglich einer Atempause an die Regelung der belgischen Schatzwechsel geknüpft worden waren, und er kam von dieser Frage zur Feststellung, daß die Entwertung der deutschen Mark, das schwindende Vertrauen und die wachsende Unmöglichkeit der Erfüllung nicht nur durch das Maß, sondern auch durch die Unfähigkeit der Weltöffentlichkeit zugunsten der Alliierten bedingt sind.

Die Pflicht Deutschlands, nach einer Stabilisierung der Mark zu streben, erkannte auch er als oberstes Gebot an, betonte aber die unabweisbare Notwendigkeit ausländischer Hilfe zu diesem Ziel, das auch im Interesse der übrigen Länder, namentlich Frankreichs, erachtet werden mußte. Mit starkem Nachdruck betonte er den Entschluß der Reichsregierung, alle Kräfte des Landes bei der Wirtung Deutschlands an der Lösung dieses Problems einzusetzen. Angesichts der gegenwärtigen politischen Gemütslage, in welcher der Minister, bei Deutschland trotz des Strebens nach einer endgültigen Lösung auch bereit, an einer vernünftigen Zwischenlösung mitzuarbeiten und die Gelegenheit sei, die deutsche Bevölkerung in Kenntnis zu setzen. Die Darlegungen des Reichsfinanzministers über die finanzielle Lage des Reiches sind, trotzdem sie dem Kenner der deutschen Verhältnisse lediglich nur wenig Neues legen, in ihrer Zusammenfassung und klaren Herausarbeitung der Tatsachen doch von besonderem Wert und verdienen namentlich im Ausland weitestgehende Beachtung. Mit nicht minderem Interesse wird nicht nur die deutsche Öffentlichkeit, sondern auch die ausländische Politik auf die Ausführungen hören, die Dr. Hermes über den Entschluß der neuen Regierung zu einer aktiven Reparationspolitik auf dem Boden der Note vom 13. November gemacht hat. Das Ziel bleibt dabei die endgültige, von Grund auf neu gestaltete Regelung eines Moratoriums von genügender Dauer und der Reduzierung der Zinsen auf ein erträgliches Maß. Die deutsche Regierung hat aber aus der Beobachtung des Verlaufes, den die internationale Politik in der letzten Zeit genommen hat, die Erkenntnis gezogen, daß zuerst das Bismarck auf eine solche endgültige Lösung keinen Erfolg verspricht, und die Rede des Finanzministers verleiht daher die Bereitschaft zur Mitarbeit an einer vernünftigen und nach Möglichkeit Zwischenlösung. Herr Dr. Hermes hat jene Auffassung, daß die Reichsregierung die Gelegenheit von dieser Bereitschaft unterrichtet habe, keine nähere Mitteilung gen darüber zuzugestehen, welche Vorläufe und Anregungen von deutscher Seite mit dieser Mitteilung verbunden sein sollen.

Das letzte Wort darüber ist ja wohl auch noch nicht gefallen, und die Regierung wird ohne Zweifel auch die für brauchbar erscheinenden Anregungen prüfen, die im Hauptauslaß des Reichstages bei der Aussprache über die Erklärungen des Finanzministers vorgebracht worden sind. Die Auffassung der Deutschenationalen vertrat dabei Dr. Beiswiler, der mit allem Nachdruck für Reparatur und gegen weitere Opfer aus der Substanz eintrat und den der Minister bevor warnte, den Begriff der Produktionssteigerung zu einem Sankt gaur herabzuwürdigen. Sehr richtig wies der sozialdemokratische Sprecher, Hg. Müller (Krausen) darauf hin, es müßte die Welt: Rechen würde, wenn das Budget nicht mehr wäre. Hg. Müller war von der Deutschen Volkspartei trat für folgende Forderungen ein: Herabsetzung der Reparationsleistungen, der Reparationsleistungen, der Kohlenlieferungen







